

# Wird die Schweiz eine gelenkte Demokratie?

Wir lassen uns vom Völkerrecht viel zu sehr beeindrucken – und gefährden so unser einzigartiges Modell der Bürgerdemokratie



Paul Widmer

Nichts macht die politische Schweiz so einzigartig wie die Volksrechte. Mit einer Initiative können die Stimmbürger die Verfassung ändern, mit einem Referendum eine Änderung verhindern. An so viel Volksmacht hatten die regierenden Eliten nie nur eitel Freude. Die Konservativen und die Demokraten mussten diese Rechte im 19. Jahrhundert erretzen. Und vor rund hundert Jahren wiesen die Stimmbürger den Bundesrat auch in der Aussenpolitik in die Schranken. Nachdem er Deutschland und Italien beim Rückkauf der Gotthardbahn enorme Konzessionen eingeräumt und das Parlament das Geschäft abgenickt hatte, zog ein Sturm der Entrüstung über das Land. Mit grossem Mehr nahmen Volk und Stände das Staatsvertragsreferendum an. Dem Bundesrat gefiel das vorerst gar nicht. Aber wie die Geschichte beweist, kam nicht alles falsch heraus.

In jüngster Zeit häufen sich die Attacken auf die Volksrechte erneut. Meistens nehmen sie den Umweg über das Völkerrecht. Um

Konflikte zwischen Völkerrecht und Landesrecht zu vermeiden, müsse man, heisst es, die Volksrechte einschränken. Das letzte Wort soll statt beim Volk bei einem erlauchtem Gremium liegen. Einige möchten konfliktträchtige Initiativen für unzulässig erklären, andere wollen sie mit einer behördlichen Warnung versehen. Das Bundesgericht spielt ebenfalls mit. Eine Abteilung deklarierte im Alleingang, bei einem Konflikt zwischen der Europäischen Menschenrechtskonvention und einem Volksentscheid gehe die Konvention der Verfassung vor – als ob ein Entscheid von solcher politischer Tragweite nicht vom Parlament oder vom Volk entschieden werden müsste. Wie das Trauerspiel um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zeigt, ist auch das Parlament bereit, den Volkswillen zu missachten.

Das ist eine beunruhigende Entwicklung. Natürlich kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen dem nationalen und dem internationalen Recht. Aber das heile Völkerrecht steht nicht einfach dem bornierten Landesrecht gegenüber. Die Sache ist komplizierter. Das Völkerrecht ist zuweilen voller Widersprüche. So wurde 2016 die Schweiz vom Strassburger Gericht verurteilt, weil sie Beschlüsse des Uno-Sicherheitsrates strikte umsetzte. Völkerrecht stand gegen Völkerrecht. Es ist an der Schweiz, zu sagen, wie sie in solchen Fällen ihre Prioritäten setzt.

Internationale Gerichte mischen sich auch in Angelegenheiten ein, in denen sie keine

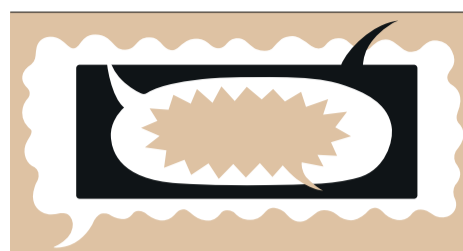


Wir müssen in öffentlichen Debatten Mehrheiten schaffen, auch für internationale Abkommen.

Zuständigkeit haben. Strassburg verurteilte die Schweiz schon mehrmals im Bereich der Sozialversicherungen, obwohl wir das erste Zusatzprotokoll, das dem Gericht die Zuständigkeit dafür gäbe, nie ratifiziert haben. Müssen wir uns solche Einmischungen gefallen lassen? Nein. Widersetzt sich die Schweiz einem solchen Urteil, verstösst sie nicht gegen Menschenrechte, sondern höchstens gegen anmassendes Richterrecht. Auch dürfte es in einigen Fällen vernünftiger sein, die vom Volk legitimierte Verfassung höher einzustufen als das Votum eines einzigen Richters, der bei einem 4:3-Entscheid den Ausschlag gibt. Aber dazu brauchen wir in der Verfassung genauere Bestimmungen.

Die Schweiz lebt vom Vertrauen in den mündigen Bürger. Er hat das letzte Wort. Das bedeutet: Wir müssen die Probleme diskutieren und in öffentlichen Debatten Mehrheiten schaffen – auch für internationale Abkommen. Daran führt kein Weg vorbei. Kein Gericht, kein Expertengremium, auch kein behördlicher Erlass kann uns diese Aufgabe abnehmen. Sind wir dazu nicht mehr fähig, erlischt die Schweiz, dieses einzigartige Modell einer Bürgerdemokratie. Dem Namen nach mag sie dann noch weiter existieren, der Sache nach aber nicht. Athen war auch einmal das Muster einer Demokratie, das heutige Athen ist es gewiss nicht mehr.

Paul Widmer ist Alt-Botschafter und lehrt heute an der Universität St. Gallen.



## Showdown

Claudia Mäder

Alles neu macht der Mai – sagt der Volksmund. Bis jetzt, das heisst seit Beginn der Kochbuchschreibung bis zum heutigen 30. April, hat er, der Volksmund, auf Schblügen herumgekaut. Auf Würsten, vom Schwein oder vom Kalb, auf Rücken vom Reh oder auf Kutteln von der Kuh. War der Volksmund zahnlos und Zähem nicht zugetan, hat er Kartoffelstock verdrückt – mit dem helvetischen Händöpfstüggli zubereitet oder aus einem Billigbeutel geschüttet – oder sich mit Tessiner Polenta, Freiburger Fondue oder Basler Mehlsuppe gefüllt. So war das, und es war gut.

Ab morgen soll sich der Volksmund jetzt aber Neuem öffnen. Fremd ist dabei nicht alles: Mit Inkrafttreten der bundesrätlichen Verordnung über neuartige Lebensmittel hüpft als Erstes das Heimchen (*Acheta domestica*) auf den Speisezettel. Die Chancen, dass es sich gut in unsere Menüs integriert, sind hoch: Von Grillen-Gritti über Ziger-Zirperli bis zu Heugümper-Hüppen kann man sich etliche kreative Innovationen vorstellen, die mit unserer kulinarischen Identität harmonisieren. Mehr Probleme dürfte der Mehlwurm (*Tenebrio molitor*) bieten. Allerdings wird er klugerweise nur in Larvenform zugelassen und assimiliert sich in diesem frühen Entwicklungsstadium wohl noch relativ reibungslos an einen Vermicelleshaufen. So weit, so gut.

Wie aber soll das Volk die ausgewachsene *Locusta migratoria* aufnehmen? Dringt sie in Massen auf unsere Teller vor, löst die Europäische Wanderheuschrecke vermutlich Verstimmungen aus. Besonders bei Leuten, die noch nie mit ihr in Berührung gekommen sind, ruft sie allergische Reaktionen hervor. Vielleicht sollte man sie light servieren? Flankiert von deftigen Beilagen? Man wird sich an diesem Gegenstand noch die Zähne ausbeissen, ehe man passende Rezepte findet.

## Medienkritik

### Die Rebellen und ihre Werbelüge



Michael Furger

Gratulation ans Team von «Republik». Das linksliberale Zürcher Medienprojekt hat diese Woche über zwei Millionen Franken und gegen 10 000 Leser gesammelt für ein Online-Magazin, das es noch gar nicht gibt. Es erscheint erst nächstes Jahr. Chapeau, ein beeindruckender Marketing-Coup.

Ein Coup gelingt, wenn man breitbeinig hinsteht und eine gute Geschichte erzählt. Die Geschichte von «Republik» geht so: Die Demokratie wird von der Barbarei bedroht, der Journalismus muss sie retten. Aber die Grossverlage denken nur ans Geld und haben das Mediensystem kaputtgemacht. Darum müssen wir etwas Neues bauen, ein Fundament für unabhängigen, weil werbefreien Journalismus. Nachzulesen auf der «Republik»-Website.

Tolle Geschichte. Wir kennen den Erlöser-Topos aus dem US-Wahlkampf. Hier die alte, korrupte Elite, da die Neuen, die alles anders machen. So etwas zieht auch bei linksliberalen Zürchern mit ihren guten Jobs. Ein bisschen Rebellion für 240 Franken Abo-Gebühr. Die Euphorie ist riesig.

Solange die «Republik»-Leute noch im Marketing- und noch nicht im Journalis-



Ein bisschen Rebellion für 240 Franken Abo-Gebühr. Die Euphorie ist riesig.

mus-Modus arbeiten, müssen sie auch nichts beweisen und differenzieren, sondern können einfach behaupten. Die Saga vom kaputten Mediensystem ist eine nette kleine Werbelüge. Erstens, weil gerade heute in der Schweiz hervorragender Journalismus gemacht wird, in diversen Formen, Kanälen und politischen Färbungen. Es gibt tatsächlich Schweizer Grossverlage, die in den Journalismus investieren. Wer hier nur halbwegs intensiv Medien konsumiert, weiss, dass Zeitungen, Magazine, Radio- und TV-Sendungen täglich Recherchen, Hintergründe und Einordnungen liefern. Klar verdienen einige Verlage daneben viel Geld mit Online-Verkaufsplattformen. Aber wieso ist das zwingend ein Qualitätsproblem für den Journalismus?

Denn zweitens war der Journalismus schon lange nicht mehr derart unabhängig von Werbung wie heute. Noch vor 15 Jahren finanzierten Verlage ihre Zeitung hauptsächlich über Inserate. Heute wird eine Bezahlzeitung zu zwei Dritteln von den Abonnenten finanziert. Und dieser Anteil wird weiter wachsen. Die Inserateboykotte vergangener Jahre, mit denen Firmen die Verlage unter Druck setzten, wären heute wirkungslos. Inserate sind kein zentrales Standbein mehr. Das gilt noch mehr für digitale Medien. Mit Online-Werbung verdient hier kein Medienhaus richtig Geld.

Ein digitales Magazin werbefrei zu lancieren, wie das «Republik» tut, ist also kein heroischer Akt, sondern die Folge einer banalen ökonomischen Erkenntnis. Dennoch: Wir wünschen einen guten Start.

## Grenzerfahrung

### Papiertiger ohne Grenzen



Barbara Hofmann

Ein Papiertiger ist eine Organisation, die sich effizient und einflussreich gibt, bei genauerem Hinsehen aber weder Bedeutung noch Wirkung hat oder sich sogar selbst handlungsunfähig macht. Geprägt hat den Begriff der frühere Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Zedong.

Im Tessin darf sich die Arbeitsgemeinschaft «Regio Insubrica» seit diesem Monat endgültig Papiertiger nennen. Sie war 1995 als privatrechtliche Arbeitsgruppe und als eine der vier grenzübergreifenden Europa-Regionen mit Schweizer Beteiligung gegründet worden. Der Name leitet sich von den Insubrern ab, einem keltischen Stamm, der sich in der frühen Eisenzeit nördlich des Po niederliess. Sie gründeten Mediolanum, das heutige Mailand.

Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft sind die Provinzen Varese, Como, Verbano-Cusio-Ossola, Lecco, Novara und der Kanton Tessin. Ziel der «Comunità di Lavoro Regio Insubrica» sollte die Verbesserung und Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sein. Integration und Kooperation in der Region der italienisch-schweizerischen voralpinen Seen sollten

neuen europäischen Schub erhalten. Man wollte – und wiederholte das gebetsmühlenartig – ein aufeinander abgestimmtes und offen kommuniziertes Miteinander, um die seit je knirschenden Räder der italienisch-schweizerischen Zusammenarbeit zu ölen und zum reibungslosen Laufen zu bringen. Da dies nie einfach war, wurde umso mehr PR betrieben für «eine offene und moderne grenzüberschreitende Mentalität».

Verwirklicht aber plötzlich eines der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft seine eigenen Interessen auf Kosten der anderen, macht das die ganze Arbeitsgruppe handlungsunfähig. Seit dem 1. April werden drei kleinere Grenzposten zwischen dem Tessin und Italien nachts geschlossen. Italien war darüber nachvollziehbar verärgert und zitierte den Schweizer Botschafter ins Aussenministerium, um Erklärungen zu erhalten. Kurz darauf entschied das Tessiner Kantonsparlament auch noch einstimmig, dass künftig öffentliche Bauaufträge bis zu einer Summe von 8,7 Millionen Franken zwingend an Schweizer Firmen zu vergeben seien. So viel eigenmächtiges und protektionistisches Tessiner Verhalten macht die Regio Insubrica endgültig zu einem Papiertiger.

Doch eigentlich ist das auch nicht so verwunderlich. Denn im Vorstand der Regio Insubrica sitzt Staatsrat Norman Gobbi von der Lega, der gerade jüngst für Fehler in seinem Justizdepartement reflexartig «einen Italiener» unter seinen Angestellten verantwortlich machte.

Barbara Hofmann lebt seit über 25 Jahren als freie Journalistin im Kanton Tessin.